

Stand: 16.03.2026 09:03:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2866

"Mehr Sonnenenergienutzung auf staatlichen Gebäuden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2866 vom 04.07.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/6221 des BV vom 30.01.2020
3. Beschluss des Plenums 18/6514 vom 11.02.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 40 vom 11.02.2020



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülsere Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Mehr Sonnenenergienutzung auf staatlichen Gebäuden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle Dächer der rund 8.000 Liegenschaften des Freistaates auf ihre Eignung zur Nutzung solarer Strahlungsenergie zu prüfen und eine vollständige Bestandserhebung durchzuführen. Dazu soll zusätzlich untersucht werden, welches Potenzial von Eigenenergienutzung für Strom und Wärmeverbrauch vorhanden ist. Die technische Umsetzung von Energiespeicherung soll im ausreichenden Maß und in Anlehnung an den Eigenenergiebedarf der jeweiligen staatlichen Liegenschaft erfolgen.

Bei der Einstufung der Dachflächen soll anstelle der reinen Wirtschaftlichkeit der Klimaschutz im Vordergrund stehen. Die Kriterien für eine Eignung der Dachflächen soll weit gefasst werden und eine Ost-, West- und teilweise Nordausrichtung oder auch die Fassade als Möglichkeiten einschließen ebenso eine leichte Beschattung durch Bäume zulassen. Bei der Prüfung des Potenzials sollen auch neue innovative Techniken einbezogen werden, für die es derzeit noch kein Marktumfeld gibt.

Nach der vollständigen Erhebung werden aus den geeigneten Dachflächen mittels eines Sofortprogramms jedes Jahr mindestens 10 Prozent der möglichen Anlagen gebaut bzw. entsprechende Ausschreibungen (Contracting) vorgenommen, um nach zehn Jahren alle geeigneten Dächer und Fassaden genutzt zu haben. Als Hauptkriterium für die Priorisierung der Investitionsentscheidungen des Freistaates gilt die Senkung und Vermeidung von klimaschädlichen Treibhausgasen.

Begründung:

Der Staatsregierung kommt im Kampf gegen die Klimaüberhitzung eine besondere Rolle zu. Dieser Vorbildfunktion muss sie gerecht werden. Für eine klimaneutrale Staatsverwaltung ist das weitgehende Ausschöpfen des vorhandenen Potenzials zur erneuerbaren Eigenenergieerzeugung eine zwingende Voraussetzung.

Der Ministerrat hat am 06.11.2012 beschlossen, alle Dächer der rund 8.000 Gebäude des Freistaates auf ihre Eignung für die Errichtung von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) zu überprüfen. Die Staatsregierung gab im Jahr 2017 auf eine Anfrage hin bekannt, dass bisher gerade einmal 21 Prozent der Dachflächen überprüft wurden. Lediglich 1.747 Gebäude wurden untersucht. Hier wurden 248 als geeignet eingestuft. Es wurden bislang nur 18 Ausschreibungen veröffentlicht. Nur 13 Projekte wurden letztlich realisiert.

In vielerlei Hinsicht ist die Vorgehensweise bei der Ausschöpfung des Potenzials der staatlichen Dachflächen zu modifizieren. Erstens sind alle Dachflächen, wie im Ministerrat am 06.11.2012 beschlossen, zu untersuchen. Zweitens sind die Einstufungskriterien von Dachflächen, die unter die Rubrik „geeignet“ fallen, zu überprüfen und die Parameter so anzupassen, dass unterschiedliche Ausrichtungen, technologische Innovationen und Klimaschutz im Vordergrund stehen. Bei der vor fünf Jahren durchgeführten Untersuchung ist die erfolgte Einstufung als geeignete Flächen mit rund 14 Prozent der untersuchten Dächer sehr niedrig. Aufgrund des technologischen Fortschritts, der neuen technischen Möglichkeiten und des Vorrangs Klimaschutz ist eine weitaus höhere Eignungsrate möglich und deshalb anzustreben.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/2866**

Mehr Sonnenenergienutzung auf staatlichen Gebäuden

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichtersteller: **Jürgen Mistol**
Mitberichtersteller: **Jürgen Baumgärtner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 3. Dezember 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 22. Januar 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 30. Januar 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung

SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Sebastian Körber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/2866, 18/6221

Mehr Sonnenenergienutzung auf staatlichen Gebäuden

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Jürgen Baumgärtner

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Annette Karl

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Sebastian Körber

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Sonnenenergienutzung auf staatlichen Gebäuden (Drs. 18/2866)

Ich eröffne die Aussprache. – Der erste Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Wir wollen alle Möglichkeiten der CO₂-neutralen Energieerzeugung nutzen. [...] Insbesondere Dachflächen bieten im Sonnenland Bayern ein erhebliches Potenzial für Solarstrom ohne zusätzlichen Flächenbedarf." – So heißen die salbungsvollen Worte im Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN. Es ist ziemlich traurig, wenn man sich ansieht, was Sie dazu in Ihrem ureigenen Bereich getan haben. Sieht man sich die Solarstromerzeugung auf staatlichen Dächern an, stellt man fest, dass auf den rund 8.000 Dächern staatlicher Liegenschaften in Bayern gerade einmal 390 Anlagen installiert worden sind.

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig, ich darf Sie kurz unterbrechen.

Martin Stümpfig (GRÜNE): – Ja.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielleicht könnte das Hohe Haus dem Kollegen die notwendige Aufmerksamkeit schenken. Wer bilaterale Unterredungen führen möchte, soll dies bitte außerhalb des Plenarsaals machen. – Bitte, Herr Stümpfig, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Das heißt, dass sich lediglich auf jedem zwanzigsten Dach eine Photovoltaikanlage befindet. Zusammengenommen liefern diese gerade einmal 20 Megawatt Leistung. Das ist wirklich ein schwaches Zeugnis. Sieht so Ihr Sonnenland Bayern aus? – Das entspricht gerade einmal der Leistung von zwei Freiflächenanlagen. Das ist mehr als jämmerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Ganze scheint noch jämmerlicher, wenn man weiß, dass es einen entsprechenden Beschluss schon seit acht Jahren gibt. Die CSU hat das Konzept "Energie innovativ" beschlossen. Gemäß Ministerratsbeschluss vom 06.12.2012 sollten alle Dächer auf den staatlichen Liegenschaften in Bayern dahin gehend untersucht werden, ob Photovoltaikanlagen installiert werden können. Im Endeffekt wurden nur 20 % der Dächer untersucht. Auch wurden nur die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberfranken untersucht, in denen es relativ wenige staatliche Liegenschaften gibt. Man hat festgestellt, dass nur ein Bruchteil der Liegenschaften geeignet ist. Dadurch wurden noch einmal 85 % der Liegenschaften herausgekegelt. So blieben noch 250 Dächer übrig, an die wiederum irgendwelche Kriterien angelegt wurden. Auf diese Weise wurden am Schluss gerade einmal 13 Anlagen installiert. Man ist also von einem Potenzial von 7.600 freien Dächern ausgegangen und hat am Schluss 13 Anlagen installiert. Ist das Ihr Ansatz? – Was Sie erreicht haben, sind homöopathische Dosen und liegt im Promillebereich. Im Jahr 2012 haben Sie mal wieder ein typisches CSU-Strohfeuer entzündet. Am Schluss bleibt überhaupt nichts übrig. Das ist wirklich traurig. Hier muss sich jetzt schnell etwas ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es sind jetzt also schon acht Jahre verschenkt worden. Im letzten November ist uns von der CSU und den FREIEN WÄHLERN ein 10-Punkte-Programm vorgelegt worden, in dem es heißt, bei anstehenden Dachsanierungen solle eine Photovoltaiknutzung geprüft werden. Die Dächer auf den staatlichen Liegenschaften haben eine sehr

lange Nutzungsdauer. Hier sind 30, 40 oder 50 Jahre keine Seltenheit. Wenn Sie also jedes Mal warten wollen, bis irgendeine Dachsanierung fällig wird, dann vergehen wieder viele, viele Jahre, vielleicht Jahrzehnte.

Dann gibt es auch noch den Zusatz: "nur für den Eigenstrombedarf". Wenn Sie also mal eine geeignete Dachfläche finden, dann basteln Sie – um nur diese eine Liegenschaft einigermaßen mit Solarstrom zu versorgen – vielleicht rechts oben im Eck eine Photovoltaikanlage drauf. Das ist der vollkommen falsche Weg. Das ist so lächerlich, wie es die Aktivitäten der letzten acht Jahre waren.

Unsere Forderungen sind ganz klar: Erstens müssen alle Dachflächen im Jahr 2020 untersucht werden.

Zweitens müssen die Kriterien angepasst werden. Es dürfen nicht wie bisher alle möglichen Dächer herausgekegelt werden. Stattdessen muss geprüft werden, ob moderne Anlagen auch auf ostwärts geneigten Dächern installiert werden können. Die modernen Anlagen können auch auf west- wie auf nordwärts geneigten Dächern installiert werden, wenn die Neigung nach Norden nicht zu steil ist. Ebenfalls können Photovoltaikanlagen auf Fassaden installiert werden. Das Labenwolf Gymnasium in Nürnberg zeigt, dass Photovoltaikanlagen auch auf denkmalgeschützten Gebäuden angebracht werden können. Vielleicht sollten Sie auch einmal das Stichwort Solarthermie im Hinterkopf haben. Die Kriterien müssen entsprechend geändert werden.

Drittens muss der Staat selbst aktiv werden. Die damalige Ausrede lautete, es gäbe keine privaten Interessenten mehr. 2012 war Markus Söder Finanzminister. Hätte er damals etwas tun wollen, hätte er das Geld auch in die Hand nehmen können. Das ist aber nicht passiert. Jetzt, im Jahr 2020, läuft uns die Zeit davon. Das Geld wäre also gut angelegt; hier muss etwas vorangehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viertens müssen die Dachflächen voll ausgenutzt werden. Wir laufen in den nächsten fünf Jahren in eine Stromlücke von 50 % hinein, weil CSU und FREIE WÄHLER die erneuerbaren Energien komplett ausbremsen. Ihr Ansatz besteht aber darin, nur den Eigenbedarf zu decken. Sie wollen gleichsam nur den linken oberen Bereich der Dachfläche nutzen. Die Dachflächen müssen aber vollständig ausgenutzt werden.

Nur wenn Sie unsere vier klaren Forderungen beachten, wird ein Schuh daraus, ansonsten nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Stümpfig. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Jürgen Baumgärtner das Wort.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Stümpfig, ich habe im Ausschuss deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir den Antrag mit großer Sympathie sehen. Ich glaube auch, dass wir in dieser Frage besser werden müssen. Sie könnten das im Protokoll nachlesen, da Sie bei dieser Veranstaltung leider nicht anwesend waren.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Ich bin im Wirtschaftsausschuss!)

Ich hatte für die CSU klargemacht, dass wir uns auf den Weg machen. Wir wollen in den nächsten zwanzig Jahren auf allen technisch geeigneten Dächern staatlicher Liegenschaften Photovoltaikanlagen installieren. Wir haben dafür im Nachtragshaushalt weitere 2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Das heißt in der Summe: Wären Sie bei dieser Veranstaltung dabei gewesen, hätten Sie zugehört und würden Sie die Protokolle sorgfältig lesen und diese auch verstehen, dann wüssten Sie, dass wir bereits auf dem Weg sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Martin Stümpfig (GRÜNE):
Ich sage es noch einmal: Ich bin im Wirtschaftsausschuss!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Baumgärtner. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Müller das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Ralph Müller (AfD): Geschätzte Besucher, wertees Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren! Die Sonne schicke keine Rechnung, meint man so oft. Ziel dieses GRÜNEN-Antrags ist es, öffentliche Gebäude mit Photovoltaik zu versehen. So wird die grüne Weltrettungsideologie verfolgt, die aber – mal wieder – die naturwissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Realitäten verkennt. Schon im Ausschuss wurde durch Herrn Ministerialrat Josef Spanner auf diese Realität hingewiesen. Es gibt so gut wie keine privaten Investoren für diese Vorhaben. Bisher wurden auf den 8.000 möglichen Dächern öffentlicher Gebäude in Bayern nur 13 derartige Projekte realisiert.

Der Grund liegt zum einen darin, dass sich aufgrund der mittlerweile zu geringen Einspeisevergütung solche Projekte für Privatinvestoren nicht mehr rechnen, wie Ihnen der Herr Ministerialrat schon damals verdeutlicht hat.

Zum anderen ist es sinnvoll, dass, wie auch nach den Vorgaben des Klimaschutzpaketes, nur die Flächen für Photovoltaikanlagen vorgesehen werden, die den Eigenbedarf nicht überschreiten. Das ist gut, und zwar aus dem einfachen Grund, dass man mit unnütz produziertem und im Inland nicht konsumierbarem Strom die Netze belastet und dem Verbraucher die weiteren Kosten für dessen Verklappung in die Nachbarländer aufbürdet. Wir brauchen nicht noch teurere Installationen für die Stromerzeugung auf öffentlichen Gebäuden zur Unzeit. Dies würde nur bei genügend Speicherkapazität Sinn ergeben. Aber diese Speicher wird es auf längere Zeit sicherlich nicht in ausreichendem Umfang geben.

Um Ihnen noch einmal die generell zugrunde liegende Realität – den Grund der Widersinnigkeit Ihres Antrags – aufzuzeigen, erkläre ich Ihnen und anderen hier im Hohen Haus gern noch einmal: Es gibt keine Klimaerhitzung.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Klima ist eine Datensammlung – –

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

– Hören Sie zu! Dann lernen Sie etwas.

(Beifall bei der AfD)

Klima ist eine Datensammlung von meteorologischen Kennzahlen über mindestens dreißig Jahre oder noch längere Jahrzehntezeiträume. Eine Datensammlung, verehrte Damen und Herren, kann sich nicht erhitzen. Entschuldigung! Wenn Sie meinen, es werde wärmer, dann sehen Sie sich einmal die neuesten Auswertungen der NASA-Daten näher an.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Es wird seit einigen Jahren sowohl global als auch in den meisten ozeanischen oder kontinentalen Großregionen kälter. Wenn es regional, wie in Mitteleuropa, wärmer wird, dann ist der erste Hauptverdächtige für Wissenschaftler, die diesen Namen noch verdienen, die mittlerweile schon häufig als Ursache genannte Windkraft.

(Lachen des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

– Hören Sie zu! – Große, mit Windkraftanlagen zugestellte Gebiete werden nämlich immer öfter mit regionalen Wetterkapriolen wie Hitzewellen und Dürren wissenschaftlich in Verbindung gebracht.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD – Klaus Adelt (SPD): Schmerzhaft, nur noch schmerzhaft!)

Da wundert es nicht, dass die veränderte Rückstrahlung von massenhaft verbauten Photovoltaikanlagen auch in den Verdacht gerät, negative Auswirkungen auf Umwelt und Wetter zu haben.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie bewegen hier auch ganz schön viel Luft!)

So wird in Wahrheit doch eine Rechnung geschickt, auch wenn sie nicht von der Sonne kommt.

(Klaus Adelt (SPD): Das ist nur noch schmerzhaft!)

Mit dem Irrweg der einseitigen Förderung der erneuerbaren Energien wird den rohstoffliefernden Ländern nämlich auch die Rechnung in Form von ausgebeuteten Kinderarbeitern – das hören Sie wohl nicht gern? –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Müller, Ihre Redezeit ist beendet.

Dr. Ralph Müller (AfD): und sozialem Elend sowie in Form von zerstörter oder verschmutzter Umwelt gestellt.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Müller!

(Klaus Adelt (SPD): Strom sparen! Abschalten!)

Dr. Ralph Müller (AfD): Wir machen die Rechnung lieber realistisch – unter Einbeziehung aller Faktoren! – und lehnen den Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die FREIEN WÄHLER spricht Herr Kollege Rainer Ludwig.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor Kurzem hat hier im Hohen Haus unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger sein Bayerisches Aktionsprogramm Energie vorgestellt. Es ist gleichzei-

tig ein wesentliches und nachhaltiges Element des Klimaschutzes. Mit mehr als siebzig Einzelmaßnahmen kurbeln wir die Energiewende und somit auch den Ausbau der erneuerbaren Energien vehement an. Insbesondere der ambitionierte Zubau von Sonnenenergie – sprich: PV – hat hierbei zentrale Bedeutung. Ich denke, wir haben hier schon wesentliche Schritte eingeleitet, zum Beispiel durch die Erweiterung der Freiflächenkulisse von dreißig auf siebzig Projekte pro Jahr.

Darüber hinaus gilt es – damit sind wir beim Thema –, ungenutztes Potenzial auf Dächern und Fassadenflächen zu erschließen und hierbei vor allem öffentliche Gebäude und Einrichtungen einzubeziehen. Darüber sind wir uns einig. Insoweit gehen wir im Ansatz mit dem vorliegenden Antrag noch mit, wenngleich diese Forderung keine neue ist, meine Damen und Herren; denn bereits seit 1995 gilt der Landtagsbeschluss, bei allen staatlichen Baumaßnahmen den Einsatz von Solarthermie oder weiteren regenerativen Energieformen konsequent zu prüfen.

Im Jahr 2011 hat die Staatsregierung im Rahmen des Energiekonzeptes "Energie Innovativ" erneut bekräftigt, den Bestand an staatlichen Immobilien für Zwecke der Errichtung von PV-Anlagen nutzbar zu machen. Hierzu wurde auch eine Potenzialanalyse mit dem Ziel der vollständigen Bestandserhebung in Auftrag gegeben. Summa summarum heißt das: Bei staatlichen Baumaßnahmen wird immer geprüft, ob eine Photovoltaikanlage errichtet werden kann. Bei Neubauten sind grundsätzlich PV-Anlagen vorzusehen.

Sie haben recht – das wissen auch wir –, dass der Ausbau ins Stocken geraten ist. Ich sage Ihnen auch, warum: Infolge der gesunkenen Einspeisevergütung ist es seit 2014 zu einer rückläufigen Nachfrage nach der Nutzung staatlicher Liegenschaften durch private oder gewerbliche Investoren gekommen. Der Eigenverbrauch ist ja auch für die Wirtschaftlichkeit vordergründig. Deshalb erfolgt seit 2014 aus verwaltungsökonomischen Gründen die Prüfung von Liegenschaften des Freistaates Bayern bzw. die Ausschreibung von eigenen Dachflächen zum Zweck der Errichtung von PV-Anlagen anlassbezogen. Falls also gezielte Nachfragen von Investoren vorliegen, haben diese

weiterhin – wie bereits seit 2004, laut Landtagsbeschluss – die Möglichkeit, auf Dächern von staatlichen Liegenschaften PV-Anlagen zu errichten. Unabhängig davon werden auch künftig landeseigene Photovoltaikanlagen installiert.

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern will auch auf diesem Gebiet mit gutem Beispiel vorangehen. Genau aus diesem Grund finden sich diese Forderungen und diese Strategie im Maßnahmenpaket unserer Klimaschutzoffensive wieder. Ich zitiere wörtlich: "Ziel ist die Nachrüstung aller staatlichen Gebäude mit geeigneten Dachflächen mit Anlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergien", um "einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050" zu ermöglichen. Weiter heißt es: "Die Dimensionierung der Anlagen sollte sich am jeweiligen Eigenverbrauch der Liegenschaft orientieren." – Das ist beschlossen!

Wenn wir uns nun den Istzustand anschauen, dann sehen wir, dass der Freistaat in diese Richtung schon sehr viel getan hat. Herr Stümpfig, Sie haben es erwähnt: Rund 390 PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 20.000 kW_{Peak} wurden auf eigenen Dächern realisiert. Wir wissen, es geht noch ein Schnaps mehr. Aber sehen Sie das Ganze doch bitte nicht immer nur pessimistisch. Behaupten Sie nicht immer nur, dass das Glas halb leer sei. Es ist halb voll! Vorbildliche Beispiele finden sich genügend: von Passau bis Schweinfurt, von Cham, Amberg und Parsberg über Bayreuth, Ansbach und Erlangen bis nach Aschaffenburg. Laut Stand November 2019 werden noch auf gut zwanzig Gebäuden, die in der Verantwortung des Freistaates liegen, Photovoltaikanlagen geplant oder gebaut. Ich denke, wir sind hier längst auf dem richtigen Weg.

Lieber Herr Dr. Müller, wir brauchen von Ihnen keinen Nachhilfeunterricht und keine Lehrstunden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Ralph Müller (AfD): Die brauchen Sie sehr wohl, weil Sie die Naturwissenschaften nicht verstehen und weil Sie nicht rechnen können! Blinde Ideologie!)

Ich darf abschließend darauf verweisen, dass im Nachtragshaushalt 2020 2 Millionen Euro an weiteren Geldern für den Bau von Photovoltaikanlagen auf staatlichen Gebäuden vorgesehen sind. Der Freistaat kommt hiermit in mehrfacher Hinsicht seiner Vorbildfunktion nach, ökologisch wie ökonomisch. Insofern betrachten wir den Antrag der GRÜNEN mit Verweis auf die Inhalte des Maßnahmenpakets der Klimaschutzoffensive in diesem laufenden Prozess als überholt bzw. erledigt. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Herr Ludwig. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen, zunächst von Herrn Kollegen Stümpfig von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Ludwig, Sie sagen, das Glas sei halb voll und wir sollten nicht immer behaupten, dass es halb leer sei. Dieses Glas ist schon ziemlich leer, wenn von 8.000 möglichen Dachflächen gerade einmal 390 belegt sind. Sie haben eine Untersuchung von acht Jahren durchgeführt, und es stellt sich heraus, dass gerade einmal 1,5 Promille dazugekommen sind. Es braucht schon ein bisschen mehr als einen zusätzlichen Schnaps, wenn Sie nur 1,5 Promille Dachflächen mehr vorweisen können. Wie wollen Sie denn mit Ihren Vorgaben – zum Beispiel Installation nur, wenn eine Dachsanierung ansteht – Ihr Ziel erreichen? Was passiert denn in der restlichen Legislaturperiode? Wie viele Dächer können Sie wirklich noch belegen, so dass Sie sagen: Jawohl, wir kommen einen Schritt vorwärts? – Das ist viel zu langsam und viel zu wenig engagiert.

Das sind unsere eigenen Dachflächen. Wir hätten als Freistaat Vorbildfunktion für viele Bürgerinnen und Bürger, wenn wir sagen könnten: Wenn der Freistaat seine Dächer wirklich vollmacht, dann ist das ein klares Zeichen, dass es jetzt in Richtung Klimaschutz geht. Was Sie tun, ist leider wirklich jämmerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Stümpfig, es ist weder jämmerlich noch traurig noch sonst eine Eigenschaft, wie Sie es bezeichnet haben, auch nicht lächerlich, sondern ich verweise auf meine Ausführungen: Wir sind auf dem richtigen Weg. Zugegeben: Wir haben noch Potenzial – dazu gibt es auch eine Potenzialanalyse –, aber die Zielsetzungen in der Klimaschutzoffensive sprechen eine eigene Sprache. Wir arbeiten daran und werden diese Ziele bis zur Zielmarke 2050 erreichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mang von der AfD-Fraktion.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Kollege, Sie nannten jetzt wieder die Klimaoffensive. Was mich daran interessiert: Bei all Ihren Gesetzesvorhaben zum Klimaschutz haben Sie niemals irgendeine wissenschaftliche Grundlage dargelegt. Es wurde niemals irgendein wissenschaftlicher Nachweis dargelegt, warum diese Maßnahmen Ihrem sogenannten Klimaschutz dienen sollen. Oder können Sie mir zumindest eine einzige wissenschaftliche Studie nennen, die das belegt, was Sie mit den teuren Steuermillionen bewerkstelligen wollen?

(Beifall bei der AfD)

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege, ich denke, da haben Sie schlecht zugehört und nicht aufgepasst in den letzten Plenarsitzungen, als unser Umweltminister Thorsten Glauber und unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hier gesprochen haben. Wenn Sie gut zugehört hätten,

(Ferdinand Mang (AfD): Habe ich! – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Haben Sie zugehört? – Zurufe der Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD) und Dr. Ralph Müller (AfD))

wie Ihr Kollege Dr. Müller immer sagt, dann müssten Sie diese Frage nicht stellen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Mang, lassen Sie ihn doch die Frage beantworten. Sie haben doch die Frage gestellt.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Dann ist diese Frage schlichtweg überflüssig und erledigt sich von selbst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Ludwig. – Als nächste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion an der Reihe. Frau Karl, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir werden dem Antrag, genau wie in den Ausschüssen, zustimmen. Im Artikel 3 des Entwurfs des Bayerischen Klimaschutzgesetzes wird die Vorbildfunktion des Staates beim Klimaschutz ausdrücklich betont. Dieser Artikel droht allerdings zum Papiertiger zu werden, bevor das Klimaschutzgesetz überhaupt in Kraft gesetzt ist. Die Staatsregierung geht die Probleme beim Klimaschutz nur schleppend an, dafür ist die PV auf staatlichen Gebäuden ein gutes Beispiel.

Wir haben bereits gehört: 2012 wurde der Beschluss gefasst, alle staatlichen Gebäude auf Tauglichkeit zu überprüfen. Ich habe Ende 2019 eine Anfrage gestellt, wie weit man mit der Prüfung sei. Darauf wurde mir geantwortet, es gebe nur eine überschlägige und sehr pauschale Schätzung, dass ungefähr ein Drittel der Dachflächen geeignet sei. – Was denn nun? Nach sieben Jahren nur eine überschlägige Schätzung? Das geht sicher besser. Wir haben beim Klimaschutz keine Zeit für so ein Schneckentempo. Oder ist es doch eher mangelnder Wille?

Die SPD-Fraktion setzt sich für einen starken PV-Ausbau ein. Auch im Wirtschaftsausschuss werden wir am Donnerstag einen Antrag behandeln, der sich im ersten Teil auf die PV auf staatlichen Dächern bezieht, und, liebes Landtagsamt, ich verstehe nicht, warum Anträge mit fast gleichen Inhalten mal federführend dem einen und mal dem

anderen Ausschuss zugewiesen werden und nicht konsequent alle PV-Anträge in einem Ausschuss behandelt werden.

Der andere Punkt im Antrag dreht sich um ein anderes Problem bei der PV, zu dem – wie in der letzten Woche in Altenstadt – von Umweltminister Glauber ebenfalls immer nur schön geredet, aber nicht gehandelt wird: Das ist das Thema der PV auf Altlastenflächen. Wir brauchen hier einen Sonderfonds Altlasten, um auch in diesem Bereich weiterzukommen.

Die Begründung der CSU, lieber Herr Baumgärtner, den Antrag der GRÜNEN im Ausschuss für Bau und Verkehr abzulehnen, ist nicht stichhaltig. Dieser Antrag ist mitnichten mit dem Klimaschutzgesetz erledigt, denn auch das Maßnahmenpaket der Bayerischen Klimaschutzoffensive – wir haben es gehört – spricht nur von einer Nachrüstung zum Eigenverbrauch. Das ist zu wenig. Das ist nicht ambitioniert und führt uns nicht schnell und nicht weit genug voran. Bayern ist ein Sonnenland, und wir sollten diese von der Natur geschenkte kostenlose Energie so weit wie nur irgend möglich nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Karl. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Frau Kollegin. Kommen Sie bitte noch einmal nach vorn. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Fraktionsvorsitzenden Prof. Hahn von der AfD. Bitte schön, Herr Prof. Hahn.

Annette Karl (SPD): Bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Es ist ja so, dass die Windkraft – zum Glück – langsam ziemlich ins Stocken gekommen ist, weil die Menschen das nicht mehr mittragen, da viele Genehmigungsverfahren aufgrund der Bedrohung für die Flugtiere endlich einmal greifen.

Nun soll die nächste nicht ökonomisch und nicht ökologisch vertretbare Sau durchs Dorf getrieben werden: die Photovoltaik. Sie ist nachweislich eine Energieform, die Flächen zusätzlich versiegelt, auf denen Wasserkäfer und Wasservögel stranden, das heißt, dass auch bedrohte Tierarten dadurch zusätzlich bedroht werden, und, was mich sehr wundert: Durch die dunklen Flächen der Photovoltaikanlagen wird ganz klar die Meteorologie bzw. die Wettersituation in dem Sinne verändert, dass hier tatsächlich die Temperatur erhöht wird. Die Albedo verringert sich, und es wird Strahlung in Energie umgewandelt. Das ist ein Punkt, der im Widerspruch

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist so ein Schmarrn! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte!

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): zu Ihren sogenannten Klimaschutzmaßnahmen steht. Wie erklären Sie das?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Prof. Hahn, PV auf Dächern und auf Altlastenflächen erhöht den Flächenverbrauch augenscheinlich überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ihre anderen Argumente sind von ähnlicher Qualität. Wenn wir nicht auf Dauer bei der Kern- und der Kohleenergie bleiben wollen, muss der Strom irgendwoher kommen. Deshalb sagen wir: Da, wo möglich und von den Menschen akzeptiert, Windenergie und PV-Energie.

(Beifall bei der SPD – Katharina Schulze (GRÜNE): Genau! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Sebastian Körber, FDP-Fraktion. Bitte schön.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kommen wir wieder zum berechtigten Interesse des Antrags. Unser Ziel muss es doch sein, den Anteil an erneuerbaren Energien am Strombedarf innerhalb der nächsten Jahre weiter zu steigern. Bayern gehört nun einmal zu den Bundesländern mit den meisten Sonnenstunden im Jahr. Daher möchten wir Freien Demokraten auch den günstigen Voraussetzungen für Photovoltaikanlagen Rechnung tragen. Das Ausbauziel in Bayern beträgt etwa noch vier Terawattstunden, und das Potenzial von Photovoltaik ist aus unserer Sicht noch ein Stück weit größer, als es die Staatsregierung aktuell in Aussicht stellt, und es muss auch noch ein Stück innovativer sein als das, was im Antrag der Kollegen von den GRÜNEN steht.

Wir werden diesem Antrag dennoch zustimmen. Es muss aber noch ein wenig über die Dächer hinausgehen. Ich würde mir für uns als FDP ein paar mehr Innovationen wünschen. Der Staat kann hierbei durchaus Vorbildfunktion haben, wenn es um Innovationen, um experimentelle Dinge geht, wie etwa schwimmende Photovoltaikanlagen oder auch Akku-Photovoltaik. Das wäre übrigens sehr flächensparend, ein sehr innovativer Ansatz. Deshalb werden wir dem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der CSU, der

FREIEN WÄHLER und Teile der AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Teile der Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.